

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



# Pressespiegel

23.08.2022

# Inhalt

## EWN

- 1 | **Schwesig schließt Öffnung von Nord Stream 2 aus**  
*nordkurier.de, 22.08.2022* ..... 3
- 2 | **Energiegipfel in MV Schwesig: Mit Preisdeckel und Härtefall-Fonds aus der Energiekrise**  
*SVZ.de (Schweriner Volkszeitung), 22.08.2022* ..... 4

## Schwesig schließt Öffnung von Nord Stream 2 aus

*Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) hält eine Inbetriebnahme von Nord Stream 2 für ausgeschlossen. Damit watscht sie klar FDP-Vize Wolfgang Kubicki ab.*

**Schwerin.** Aus Sicht von Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsidentin Manuela Schwesig steht eine Öffnung der Ostseepipeline Nord Stream 2 nicht zur Debatte. „Diese Frage stellt sich nicht, die hat die Bundesregierung klar beantwortet“, sagte die SPD-Politikerin am Sonntagabend im „heute-journal“ des ZDF. Sie war auf eine entsprechende Forderung des stellvertretenden FDP-Vorsitzenden Wolfgang Kubicki angesprochen worden.

Die Erdgaspipeline Nord Stream 2 führt von Russland nach Mecklenburg-Vorpommern. Sie ist fertig gebaut, die Bundesregierung hatte nach dem russischen Angriff auf die Ukraine aber die Inbetriebnahme ausgeschlossen.

### **Auch innerparteiliche Ablehnung der Kubicki-Forderung**

Kubicki hatte gefordert, Nord Stream 2 zu öffnen, „um

unsere Gasspeicher für den Winter zu füllen“. Der Vorstoß war auch in seiner eigenen Partei auf Ablehnung gestoßen. Die Bundesregierung wirft Russland vor, die Gaslieferungen über die in Betrieb befindliche Pipeline Nord Stream 1 aus politischen Gründen gedrosselt zu haben. Aus Sicht von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) wäre eine Öffnung von Nord Stream 2 ein Einknicken vor Kremlchef Wladimir Putin.

Schwesig sagte, es sei durch die Infrastruktur von Nord Stream eine große Verteilinfrastruktur entstanden weit über Mecklenburg-Vorpommern hinaus. Diese Kapazitäten müsse man jetzt nutzen, sagte sie mit Blick auf Flüssiggas (LNG) : Man arbeite mit Hochdruck daran „mit den Versorgern, die es möglich machen können, LNG einzuspeisen, um eben zusätzlich Gas zu haben. Da hilft Mecklenburg-Vorpommern für große Teile von Deutschland.“

 SVZ.de (Schweriner Volkszeitung) | 22.08.2022

 Thomas Volgmann

 WEBLINK

## Energiegipfel in MV Schwesig: Mit Preisdeckel und Härtefall-Fonds aus der Energiekrise

Dramatisch steigende Energiepreise bedrohen die Existenz von Unternehmen und belasten private Haushalte auch in Mecklenburg-Vorpommern. Mit einem Energiepreisdeckel, einem Härtefall-Fonds und anderen Maßnahmen will Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) das Land aus der Energiekrise führen.

Die Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern will angesichts rasant steigender Energiepreise einen Härtefall-Fonds einrichten. „Wir sind bereit, dafür 30 Millionen Euro zur Verfügung zu stellen“, sagte Ministerpräsidentin Manuela Schwesig am Montagabend nach dem Energiegipfel MV. Der Fonds soll Unternehmen des Landes vor der Insolvenz bewahren und Privatpersonen vor der Verschuldung retten, die wegen der enormen Steigerung der Energiepreise in Not geraten sind und von anderen Hilfspaketen nicht im ausreichenden Maße profitieren können.

### 60 Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Verbänden

Die Regierungschefin hatte etwa 60 Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften und kommunalen Verbänden zum Energiegipfel in die Handwerkskammer Ostmecklenburg-Vorpommern nach Rostock eingeladen. Der Präsident der Bundesnetzagentur, Klaus Müller, war online zugeschaltet. Zwei Stunden länger als geplant dauerte der Gipfel. Am Abend gegen 20 Uhr präsentierte die Regierungschefin die Ergebnisse.

### 80 Prozent der Energie zu stabilen Preisen

Die Energiekrise gefährde Wirtschaft und Verbraucher in stärkerem Maße als die zurückliegende Corona-Pandemie, sagte Schwesig. Neben der Einrichtung eines Härtefall-Fonds will sich die Landesregierung für einen Energiepreisdeckel einsetzen. „Damit sollen Verbraucher 80 Prozent ihrer bisher verbrauchten Energie auch künftig zu stabilen Preisen bekommen“, so die Ministerpräsidenten. Die Differenz zum Marktpreis müsste der Staat übernehmen.

### Enorme Staatsverschuldung droht

Schwesig rechnet mit höheren Ausgaben des Landes für die Bewältigung der Energiekrise als in der Corona-Krise. Darum soll es künftig Ausnahmen bei der Schuldenbremse geben. Außerdem will sich das Land für einen Rettungsschirm für Unternehmen und Einrichtungen einsetzen, der gemeinsam mit dem Bund finanziert werden soll. Auch sei ein Bürgerprogramm in Höhe von zehn Millionen Euro für mobile Solaranlagen geplant, die auf Balkons oder im Garten installiert werden können.

### Kritik aus der Wirtschaft

Die Industrie- und Handelskammern des Landes begrüßten die Durchführung des Gipfels, kritisierten aber gleichzeitig die Ergebnisse. „Die Vielzahl der Teilnehmer bildete zwar die Breite der Wirtschaft und Gesellschaft ab, am Ende beschränkte sich das Ergebnis aber auf wenige Vorschläge und erste Empfehlungen. Das ist zu wenig für die erkennbaren Herausforderungen!“, so Matthias Belke, Präsident der Schweriner IHK. Nach Ansicht der Kammern müssten Planungsverfahren für Solaranlagen und anderer alternative Energiequellen vereinfacht und endbürokratisiert werden.

### Opposition äußert Zweifel

Kritik kam auch von der Opposition. „Frau Schwesig hätte heute erklären können, dass sie vom Bund eine Stützung des Gaspreises oder eine Absenkung von Steuern und Abgaben fordert und ihre Forderung mit einer Bundesratsinitiative unterlegen können. Sie hat es bei lustlosen Appellen belassen“, teilte der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Wolfgang Waldmüller, bereits am Nachmittag mit.

Kritisiert wurde auch, dass Vertreter von Vermieterverbände, wie dem Verband Norddeutscher Wohnungsunternehmen, nicht auf dem Gipfel vertreten waren. Auch Vertreter des Verbandes für erneuerbare Energien waren nicht eingeladen worden.